

Antrag 2026/I/Umw/2

Kreis Wandsbek

Energiewende vorantreiben und Barrieren abbauen

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die SPD Hamburg begrüßt die Eigeninitiative der Bürger*innen der Stadt, die Energiewende
3 voranzubringen. Hierzu fordert die SPD Hamburg den Senat, die Bürgerschaft und alle notwen-
4 digen Instanzen auf, die erforderlichen rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen
5 schnellstmöglich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

6 Dies heißt insbesondere:

7 1. **Verfahrensfreiheit von Wärmepumpen** Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass auch
8 im Falle von notwendigen Befreiungen vom Baurecht, Wärmepumpen verfahrensfrei
9 sind. Die Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit sollte ausschließlich in der Hand der
10 Installationsfirmen liegen.

11 2. **Genehmigungsfiktion bei Netzanschlüssen** Bei der Anmeldung von Wärmepumpen,
12 Photovoltaikanlagen und Wall-Boxen bei den Hamburger Energienetzen gilt die Geneh-
13 migungsfiktion. Eine ordnungsgemäß angemeldete Anlage gilt demnach als genehmigt,
14 sofern innerhalb einer zu definierenden Frist kein begründeter Widerspruch durch die
15 Hamburger Energienetze erfolgt. Gleichzeitig sind die Anmeldeverfahren so weit wie
16 möglich zu vereinfachen, ohne die Vorgaben des § 14a des Energiewirtschaftsgesetzes
17 zu verletzen.

18 3. **Transparente Zuständigkeiten und klare Verfahren** Den Hauseigentümer*innen wird ein
19 klares Procedere digital und in Form von Broschüren zur Verfügung gestellt: Daraus soll
20 hervorgehen, welche Zuständigkeit die Hamburger Energienetze, Energieberater*innen,
21 der Heizungsinstallationsbetrieb sowie der Elektriker-Fachbetrieb im Anmelde und Ge-
22 nehmigungsprozess von Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen haben.

23 **Begründung**

24 Die Energiewende kann nur gelingen, wenn Bürger*innen, die bereit sind, in klimafreundliche
25 Technologien zu investieren, dabei nicht durch unnötige bürokratische Hürden ausgebremst
26 werden. Gerade im Gebäudebereich sind einfache, schnelle und rechtssichere Verfahren ent-
27 scheidend, um Akzeptanz und Umsetzungsgeschwindigkeit zu erhöhen.

28 Ein besonders praxisrelevantes Beispiel zeigt sich bei der Installation von Wärmepumpen: Fällt
29 im Winter eine alte Öl- oder Gasheizung kurzfristig aus, sind Hauseigentümer*innen gezwun-
30 gen, zeitnah für Ersatz zu sorgen. Gleichzeitig verpflichtet das Gebäudeenergiegesetz dazu,
31 neue Heizungen zu mindestens 65 % mit erneuerbaren Energien zu betreiben. In vielen Fällen
32 ist die Wärmepumpe damit die naheliegende und rechtlich gebotene Lösung.

33 In dicht bebauten Stadtteilen (wie Wandsbek) kommt es jedoch häufig vor, dass Grundstücke
34 bereits vollständig innerhalb der festgesetzten Baugrenzen bebaut sind. Die Außeneinheit ei-
35 ner Wärmepumpe muss dann außerhalb dieser Baugrenzen errichtet werden. Aktuell wird dies
36 von den Bezirksämtern als genehmigungspflichtig bewertet, da Wärmepumpen baurechtlich
37 als Hauptanlagen gelten. Die Folge ist ein Bauantragsverfahren mit Bearbeitungszeiten von
38 mindestens zwei Monaten, zuzüglich des zeitlichen und finanziellen Aufwands für die Erstel-
39 lung der Antragsunterlagen.

40 In der Praxis kann dies bedeuten, dass Wohngebäude über Wochen oder Monate nicht beheizt
41 werden können oder kostenintensive Notlösungen erforderlich sind. Diese Situation ist für die
42 Betroffenen unzumutbar, stellt ein erhebliches soziales Risiko dar und wirkt zugleich abschre-
43 ckend auf alle, die unabhängig von einer Notsituation auf eine klimafreundliche Heizung um-
44 steigen möchten. Bürokratische Verzögerungen dieser Art behindern die Energiewende unmit-
45 telbar.

46 Abhilfe kann hier nur eine konsequente Verfahrensfreiheit schaffen. Die fachgerechte Prüfung
47 der gesetzlichen Anforderungen – etwa hinsichtlich des Lärmschutzes, Abstandsflächen oder
48 technischer Sicherheit – sollte im Rahmen eines Anzeigeverfahrens durch qualifizierte Instal-
49 lationsbetriebe erfolgen. Diese tragen bereits heute Verantwortung für die normgerechte Aus-
50 führung und können diese Aufgabe übernehmen, ohne dass ein langwieriges Genehmigungs-
51 verfahren erforderlich ist – auch dann, wenn baurechtliche Befreiungen notwendig werden.

52 Zusätzliche Dringlichkeit erhält dieses Anliegen durch den Hamburger Zukunftsentscheid.
53 Durch ihn wurden die Klimaziele der Freien und Hansestadt Hamburg nochmals verschärft und
54 zeitlich vorgezogen. Um diese ambitionierten Ziele erreichen zu können, müssen der Ausbau
55 erneuerbarer Energien und die Umstellung der Wärmeversorgung deutlich beschleunigt wer-
56 den. Verzögerungen durch unnötige Genehmigungs- und Anmeldeverfahren stehen diesem
57 Anspruch entgegen.

58 Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass viele Hamburger*innen bereits
59 aktiv zur Energiewende beitragen, etwa durch den Einbau von Photovoltaikanlagen, Wärme-
60 pumpen, Wallboxen oder den Umstieg auf Elektromobilität. Gerade bei Photovoltaikanlagen
61 und Wärmepumpen sind jedoch umfangreiche Anmeldeverfahren bei den Hamburger Ener-
62 gienetzen erforderlich, die zahlreiche technische Unterlagen umfassen. Für Laien ist dieses Ver-
63 fahren kaum eigenständig zu bewältigen und stellt eine erhebliche Einstiegshürde dar.

64 Handwerksbetriebe sind zugleich stark ausgelastet und leiden unter Fachkräftemangel. Jede
65 unnötige Bürokratie bindet wertvolle Ressourcen, die für die praktische Umsetzung der En-
66 ergiewende fehlen. Eine Genehmigungsfiktion bei ordnungsgemäßer Anmeldung sowie eine
67 deutliche Vereinfachung und Standardisierung der Verfahren würden sowohl Bürger*innen als
68 auch Betriebe entlasten und die Umsetzung beschleunigen, ohne die Anforderungen an Netz-
69 stabilität oder die Vorgaben des § 14a Energiewirtschaftsgesetz zu gefährden.

70 Schließlich fehlt es bislang an klaren, transparenten Informationen darüber, welche Zustän-
71 digkeiten die Hamburger Energienetze, Energieberater*innen, Installations- und Elektrofach-

- 72 betriebe im Anmeldeprozess jeweils haben. Ein einheitliches, leicht verständliches Procedere –
73 digital und in Form von Informationsmaterialien – würde Planungssicherheit schaffen, Fehler
74 vermeiden und die Bereitschaft zur Investition in erneuerbare Energien weiter erhöhen.
- 75 Die vorgeschlagenen Maßnahmen leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einer sozial gerech-
76 ten, bürgernahen und praxisorientierten Umsetzung der Energiewende in Hamburg und sind
77 angesichts der verschärften Klimaziele zwingend erforderlich.